

Veröffentlichungen
des Deutschen Historischen Instituts London

Band 15

Publications
of the German Historical Institute London

Volume 15

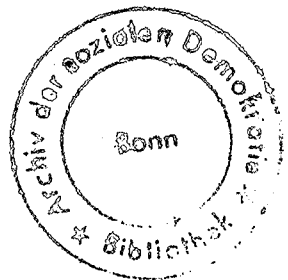
Klett-Cotta

Auf dem Wege zur Massengewerkschaft

Die Entwicklung der Gewerkschaften
in Deutschland und Großbritannien 1880 – 1914

Herausgegeben von Wolfgang J. Mommsen
und Hans-Gerhard Husung

Klett-Cotta



A84 931

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Auf dem Wege zur Massengewerkschaft: d. Entwicklung d. Gewerkschaften in Deutschland u. Großbritannien 1880—1914 / hrsg. von Wolfgang J. Mommsen u. Hans-Gerhard Husung. — 1. Aufl. — Stuttgart: Klett-Cotta, 1984. (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London; Bd. 15) ISBN 3-608-91144-8 NE: Mommsen, Wolfgang J. [Hrsg.]; Deutsches Historisches Institut (London): Veröffentlichungen des Deutschen...

1. Auflage 1984 Verlagsgemeinschaft Ernst Klett Verlag — J. G. Cotta'sche Buchhandlung Alle Rechte vorbehalten Fotomechanische Wiedergabe nur mit Genehmigung des Verlages © Ernst Klett Verlage GmbH u. Co. KG, Stuttgart 1984 Printed in Germany Umschlaggestaltung: Manfred Muraro nach einem Entwurf von Heinz Edelmann Satz: Alwin Maisch, Gerlingen Druck: Verlagsdruck, Gerlingen

Inhalt

Wolfgang J. Mommsen Einleitung 7 I. Die Entstehung der Massengewerkschaften in europäischer Perspektive Eric J. Hobsbawm Der New Unionism — Eine komparative Betrachtung 19 Sidney Pollard Wirtschaftliche Hintergründe des New Unionism 46 II. Streikbewegungen im europäischen Vergleich James E. Cronin Streiks und gewerkschaftliche Organisationsfortschritte: Großbritannien und Kontinentaleuropa 1870—1914 79 Friedhelm Boll Streikwellen im europäischen Vergleich 109 John Lovell Die Bedeutung des großen Hafenarbeiterstreiks von 1889 für die britische Gewerkschaftsentwicklung 135 Michael Grüttner Basisbewegung und Gewerkschaften im Hamburger Hafen seit 1896/97 152 III. Gewerkschaftliche Organisationsformen im Spannungsfeld von industrieller Modernisierung und politischer Ordnung Richard Price Der New Unionism und die Veränderungen des Arbeitsprozesses 1880 bis 1920 173 Alastair Reid Politik und Arbeitsteilung — Interpretationsansätze zur Entwicklung der Gewerkschaften in Großbritannien 1850—1920 195 Keith Burgess Die Amalgamated Society of Engineers vor 1914 — Eine old oder New Union? 215 Philip S. Bagwell Der New Unionism der britischen Eisenbahner 1880—1914 237 Klaus Tenfelde Konflikt und Organisation in der Frühgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 256

Klaus Schönhoven	
Lokalismus — Berufsorientierung — Industrieverband: Zur Entwicklung der organisatorischen Binnenstrukturen der deutschen Gewerkschaften vor 1914	277
IV. Syndikalistische, christliche und wirtschaftsfriedliche Strömungen in der deutschen und britischen Gewerkschaftsbewegung	
Dirk H. Müller	
Lokalismus und Syndikalismus in der deutschen Gewerkschaftsbewegung vor 1914	299
Richard Hyman	
Massenorganisation und Basismilitanz in Großbritannien 1888—1914 ...	311
Robert J. Holton	
Der revolutionäre Syndikalismus in der britischen Arbeiterbewegung 1900 bis 1914	332
Michael Schneider	
Das Streikverhalten der Christlichen Gewerkschaften vor 1914	354
Geoffrey Alderman	
Opposition in der Arbeiterschaft gegen den <i>New Unionism</i> : Die National Free Labour Association	375
V. Unternehmerschaft, Gewerkschaften und Staat	
John Saville	
Staat, Unternehmerschaft und Gewerkschaften in Großbritannien 1870 bis 1914	389
Jonathan Zeitlin	
Die Arbeitnehmerpolitik des britischen Maschinenbaus 1890—1914	400
Klaus Saul	
Gewerkschaften zwischen Repression und Integration. Staat und Arbeitskampf im Kaiserreich 1884—1914	433
VI. Gewerkschaften und politische Arbeiterbewegung	
Jay M. Winter	
Die Gewerkschaften und die Labour Party 1900—1918	457
Hans Mommsen	
Die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg	475
Zu den Autoren und Herausgebern	497
Abkürzungsverzeichnis	498
Register	500

Das Streikverhalten der Christlichen Gewerkschaften vor 1914

Angesichts der mannigfachen Urteile und Vorurteile über die Christlichen Gewerkschaften — gelb-schwarz, wirtschaftsfriedlich, Streikbrecher usw. (um nur die zu nennen, die sich direkt auf das Arbeitskampfverhalten beziehen) — drängt sich die Frage nach ihrer Rolle in den Arbeitskämpfen seit dem Ende der 1890er Jahre auf. Allerdings hat es ein typisches Streikverhalten der Christlichen Gewerkschaften nicht gegeben. Die Führung von Arbeitskämpfen lag in der Hand der Einzelgewerkschaften, deren Streikaktivität je nach Branchen- bzw. Berufsentwicklung, nach Organisationsgrad, Stärkeverhältnissen usw. deutlich voneinander abwich. Generalisierende Aussagen über das Streikverhalten der Christlichen Gewerkschaften ließen sich also nur auf der Ebene der Einzelgewerkschaften erzielen; dies hier zu leisten, fehlt indessen der Raum. Und auch eine im Rahmen einer Geschichte der Christlichen Gewerkschaften 1894 bis 1933 unternommene Aufarbeitung der größeren Arbeitskämpfe, die die Verbände der Bergarbeiter, Textilarbeiter, Metallarbeiter, Bauarbeiter, Tabak- und Zigarrenarbeiter, Steinarbeiter, Maler und Holzarbeiter sowie der Gutenbergbund geführt haben¹, erlaubt keine Verallgemeinerungen im Sinne eines ‚durchschnittlichen‘ Arbeitskampfverhaltens der Christlichen Gewerkschaften. Vielmehr sollen einige Besonderheiten des Streikverhaltens der Christlichen Gewerkschaften durch einen Vergleich der statistischen Daten von Freien und Christlichen Gewerkschaften herausgearbeitet werden. Dazu gilt es zunächst, die den Christlichen Einzelverbänden gemeinsamen Grundüberzeugungen hinsichtlich des Streiks zu skizzieren (I); sodann wird auf globaler statistischer Ebene versucht, die Streikpraxis der Christlichen Gewerkschaften näher zu beschreiben (II), deren Besonderheiten zusammengefaßt (III) und anhand einiger Fallbeispiele konkretisiert werden sollen (IV).

¹ M. Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften 1894—1933, Bonn 1982, bes. S. 281 bis 321. Dort auch weiterführende Literatur, auf deren Nennung im folgenden verzichtet wird. Hingewiesen sei lediglich auf die wirtschaftswissenschaftliche Dissertation von A. Siegler, Die Lohnpolitik der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands (1894—1933), Mannheim 1978, der manche Anregung entnommen wurde.

Auch wenn es darum geht, den allen Christlichen Gewerkschaften gemeinsamen weltanschaulichen Hintergrund zu skizzieren, kann hier nicht auf die Programmdebatten eingegangen werden. Auch die Probleme einer Lohntheorie der Christlichen Gewerkschaften — etwa die Forderung des Familienlohnes — können hier nicht erörtert werden. Nur auf die Stellungnahmen zu Tarif- und Arbeitskämpfpolitik sei hier kurz eingegangen.

Das Modell für die meisten Gründungen von Christlichen Gewerkschaften bildete der zunächst für den Oberbergamtsbezirk Dortmund zuständige Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, der im Oktober 1894 geschaffen wurde. Der Modellcharakter dieser Gründung galt vor allem für die in § 2 seines Statuts angesprochene Zielsetzung: „Zweck des Gewerkvereins ist die Hebung der moralischen und sozialen Lage der Bergarbeiter auf christlicher und gesetzlicher Grundlage und Anbahnung und Erhaltung einer friedlichen Übereinkunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.“ Überdies wurde betont: „Der Verein steht treu zu Kaiser und Reich und schließt die Erörterung konfessioneller und politischer Parteiangelegenheiten aus“². Ebenso wie die Grundsätze der Interkonfessionalität und parteipolitischen Neutralität übernahm der Mainzer Kongreß 1899 — der erste gemeinsame Kongreß der Christlichen Gewerkschaften überhaupt — in seinen Leitsätzen auch den sozialpartnerschaftlichen Ansatz des Gewerkvereins: „Es ist nicht zu vergessen, daß Arbeiter und Unternehmer gemeinsame Interessen haben; darauf beruhend, daß beide Teile nicht allein als zusammengehörige Faktoren der Arbeit der letzteren Recht auf angemessene Entlohnung gegenüber dem Kapital, sondern vor allem die Interessen der Erzeugung von Gütern gegenüber dem Verbrauch derselben zu vertreten haben.“

Beide Teile beanspruchen mit Recht eine größtmögliche Verzinsung ihres in der Erzeugung von Gütern enthaltenen Kapitals, der Unternehmer seines Kapitals und der Arbeiter seiner Arbeitskraft. Ohne beides, Kapital und Arbeitskraft, keine Produktion.

Darum soll die ganze Wirksamkeit der Gewerkschaften von versöhnlichem Geiste durchweht und getragen sein. Die Forderungen müssen maßvoll sein, aber fest und entschieden vertreten werden.

Der Ausstand darf nur als letztes Mittel und wenn Erfolg verheißend angewandt werden“³.

Geradezu verbittert mußten die Christlichen Gewerkschaftsführer jedoch feststellen, daß die Arbeitgeber insbesondere im Ruhrbergbau, aber auch in der Textilindustrie keineswegs bereit waren, ihren arbeitgemeinschaftlichen Vor-

² Jahrbuch der Christlichen Gewerkschaften 1908, Köln 1908, S. 71.

³ Geschichte und Entwicklung der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands nebst Protokoll des III. Christlichen Gewerkschafts-Kongresses zu Krefeld (26.—29. Mai 1901), Mönchengladbach 1901, S. 10 f.

stellungen entgegentzukommen. Petitionen wurden nicht beantwortet und Verhandlungsangebote zurückgewiesen: Die Christliche Gewerkschaftsbewegung erfuhr also keineswegs eine positiv von den Freien abgehobene Behandlung durch die Unternehmer — eher im Gegenteil, wurde sie doch als eine besonders raffinierte Variante der Arbeiterbewegung eingestuft, die ohnehin die Arbeiter der Sozialdemokratie in die Arme führen werde. So sahen sich die Christlichen Gewerkschaften schon in der Gründungsphase in zahlreiche Arbeitskämpfe verwickelt, die zum Teil — wenn mit Aussperrungen verbunden — die jungen Organisationen nahezu zum Zusammenbruch brachten, an denen sich die Christlichen Verbände jedoch vor allem beteiligten, um dem Ruf entgegenzuwirken, wirtschaftsfriedliche ‚Unternehmer-‘ bzw. ‚Kirchenknechte‘ zu sein ⁴.

Nachdem der Frankfurter Kongreß (1900) den Verbänden empfohlen hatte, „feste Vereinbarungen (Lohntarife)“ abzuschließen, um die Ergebnisse der Lohnkämpfe dauerhaft abzusichern ⁵, betonte der Krefelder Kongreß (1901) nochmals per Resolution: „Die christlichen Gewerkschaften verwerfen den Streik nicht prinzipiell, sehen aber darin das letzte Mittel zur Durchführung ihrer Aufgaben.“ Widerwilliger konnte man die Akzeptierung des Streiks kaum formulieren, den man im übrigen nicht mit Klassenkampf verwechseln dürfe, sei er doch nur Ausdruck des „berechtigten Strebens der Arbeiterschaft, ihre Arbeitskraft zu einem günstigen Preis zu veräußern“, was „möglichst ... durch friedlichen Ausgleich mit den Arbeitgebern“ erreicht werden solle. „Um planlose, unvorbereitete Streiks zu verhüten, ist in den Gewerkschaften ein bestimmtes Streikreglement einzuführen, welches die Unterstützung eines Streiks abhängig macht von der Genehmigung des Vorstandes der Gewerkschaften“ ⁶.

Mit diesen Formulierungen versuchten die Christlichen Gewerkschaften, auf die Konkurrenzsituation mit den Freien Gewerkschaften und den argwöhnischen Blick von Teilen der katholischen Kirche zu reagieren und schließlich dem Interesse an der Erhaltung und Stabilisierung der eigenen Verbände zu entsprechen. Letzteres prägte denn auch die Streikreglements, bei deren Formulierung sich der Gesamtverband zurückhielt, ließen sich doch nun „einmal keine für alle Fälle gültigen Regeln für die Führung der Streiks aufstellen“ ⁷. Die Streikreglements sahen im allgemeinen vor, daß sich zwei Drittel der betroffenen Arbeitnehmer für einen Streik aussprechen mußten, der Vorstand sich jedoch ein Vetorecht vorbehielt; ein Drittel der Stimmen war für die Beendigung eines Arbeitskampfes ausreichend. Außerdem sollte der erfolgreiche Ausgang des Arbeitskampfes (so gut wie) sicher sein.

⁴ Siehe O. Müller, Die Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands, mit besonderer Berücksichtigung der Bergarbeiter- und Textilarbeiter-Organisationen, Karlsruhe 1905, z. B. S. 167.

⁵ Geschichte und Entwicklung, S. 16.

⁶ Ebd., S. 17.

⁷ Siehe Zur Streiktaktik I, in: Mitteilungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 15, 11. 11. 1901, S. 137 ff., hier S. 137.

Die Christlichen Gewerkschaften bekannten sich also zur Notwendigkeit des Streiks, betrachteten ihn jedoch gemäß ihrem sozialpartnerschaftlichen Ansatz nicht nur aus rational-ökonomischen, sondern auch aus moralischen Gründen als ‚letztes‘ Mittel. Eine Synthese der Vorstellungen der Christlichen Gewerkschaften bot das *Zentralblatt* 1906: „Die Höhe des Lohnes und Bedingungen der Arbeit hängen zum großen Teil von dem Gerechtigkeitssinn, zum Teil auch von Angebot und Nachfrage ab, und schließlich von dem Einfluß, den der Arbeiter durch seine Organisation auszuüben in der Lage ist“ ⁸. Diese Aussage faßte traditionell christlich-soziale Gedanken (Gerechtigkeit), konjunkturelle Bezüge (Angebot und Nachfrage) und organisatorisches Machtdenken zusammen und reflektierte die Erfahrungen der ersten Jahre christlicher Gewerkschaftsarbeit. Ob es indessen ein spezielles ‚christliches‘ Streikverhalten gegeben hat, wird zu überprüfen sein.

Tabelle 1: Anteil der Aufwendungen für Streik- und Gemaßregeltenunterstützung in Prozent der Gesamtunterstützungsausgaben bei Christlichen und bei Freien Gewerkschaften 1900—1913 ⁹

Jahr	Christliche Gewerkschaften	Freie Gewerkschaften
1900	83,7	57,5
1901	75,6	40,6
1902	69,1	37,7
1903	76,4	57,9
1904	63,1	57,6
1905	81,1	62,8
1906	62,5	62,9
1907	51,1	52,2
1908	30,3	23,8
1909	28,7	27,4
1910	51,7	52,1
1911	49,1	47,0
1912	32,7	37,0
1913	39,6	36,7

⁸ Einordnung der neuzeitlichen Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaft, in: *Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften*, Nr. 4, 26. 2. 1906, S. 49—52, hier S. 49.

⁹ Angaben für die Christlichen Gewerkschaften berechnet nach: *Jahrbuch der Christlichen Gewerkschaften für 1910*, Köln 1910, S. 23 und S. 25, sowie *Jahrbuch der Christlichen Gewerkschaften für 1915*, Köln 1915, S. 20 und S. 22 f.; die Angaben für die Freien Gewerkschaften aus: *Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*, Statistischer Anhang 1913, S. 195, und 1914, S. 203.

II.

Eine erste Annäherung an die Besonderheiten des Streikverhaltens der Christlichen Gewerkschaften bietet eine Betrachtung der Ausgabenstruktur; zunächst steht der Anteil der Streik- und Gemaßregelunterstützung an den Unterstützungsausgaben insgesamt bei Christlichen und Freien Gewerkschaften im Vordergrund, wobei allerdings an den Unterschied in den absoluten Werten zu erinnern ist, den ergänzend Tabelle 3 illustriert.

Auffallend ist der zunächst — im Vergleich zu den Freien Gewerkschaften — ungewöhnlich hohe Anteil der Ausgaben für Streik- und Gemaßregelunterstützungen an den Gesamtunterstützungsausgaben. Dies deutet darauf hin, daß sich die Christlichen Gewerkschaften, deren Beiträge aus Werbungsgründen bis 1905/06 sehr niedrig waren, dennoch genötigt sahen, auch mit Rücksicht auf die Mitgliederwerbung und die beabsichtigte Einschränkung der Mitgliederfluktuation Streikunterstützungen zu zahlen, deren Höhe den von den Freien Gewerkschaften gebotenen Leistungen vergleichbar war. Erst seit 1906 glichen sich die entsprechenden Prozentsätze bei Christlichen und Freien Gewerkschaften in etwa an.

Bezieht man jedoch die Ausgaben für Streik und Aussperrung auf die Gesamtausgaben der Christlichen und Freien Gewerkschaften, so ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 2: Anteil der Unterstützung bei Streik und Aussperrung in Prozent der Gesamtausgaben bei Christlichen und Freien Gewerkschaften sowie Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen 1905—1914 ¹⁰

Jahr	Christliche Gewerkschaften	Freie Gewerkschaften	Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine
1905	46,5	36,6	24,5
1906	31,5	36,2	32,3
1907	23,3	30,1	8,5
1908	12,0	11,3	5,5
1909	12,7	13,7	6,3
1910	25,2	32,9	13,4
1911	22,7	27,8	14,4
1912	12,5	19,7	14,9
1913	16,2	21,4	17,5
1914	5,8	6,5	11,9
Durchschnitt			
1905/14	20,8	23,6	15,0

¹⁰ Zusammengestellt nach: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, hrsg. v. L. Heyde, o. O. 1930/31, S. 1617 ff.

Bezogen auf die Gesamtausgaben — das zeigt Tabelle 2 — war der Anteil der Arbeitskampf-Aufwendungen der Christlichen Gewerkschaften seit 1906 fast immer geringer als bei den Freien Gewerkschaften. Im Durchschnitt der Jahre 1905—1914 stellten die Christlichen Gewerkschaften 20,8 Prozent ihrer Ausgaben für Arbeitskampfunterstützungen zur Verfügung; sie lagen damit deutlich über dem entsprechenden Wert der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine (15 Prozent), erreichten indessen nicht den Ausgabenanteil der Freien Gewerkschaften (23,6 Prozent). Auf die jährlichen Schwankungen der jeweiligen Ausgabenanteile kann hier nicht eingegangen werden.

Der hier angedeutete Trend wird noch deutlicher, wenn die Arbeitskampf-beteiligung von Christlichen und Freien Gewerkschaften einbezogen wird (Tabelle 3). Bezieht man die Beteiligten von Arbeitskämpfen auf die Mitgliederzahl (siehe Tabelle 9, S. 373), so zeigt sich ein signifikanter Unterschied zwischen Christlichen und Freien Gewerkschaften: die dadurch errechneten Prozentsätze liegen für die Christlichen Gewerkschaften in den Jahren 1903 bis 1913 durchweg niedriger — teilweise um die Hälfte — als die der Freien Gewerkschaften. Die anfänglich vergleichsweise hohe Streikbeteiligung (etwa 1905 durch den großen Stellenwert der Bergarbeiterorganisation im Gesamtverband) gleicht — bei der Durchschnittsberechnung 1903—1913 — die Differenzen zum Teil aus. Waren im ganzen Zeitraum von 1903 bis 1913 im jährlichen Schnitt 9,2 Prozent der Christlichen und 12,9 Prozent der Freien Gewerkschafter an Arbeitskämpfen beteiligt, so lagen die Werte für 1903 bis 1906 bei 16,9 Prozent (Christliche Gewerkschaften) und 14,7 Prozent (Freie Gewerkschaften); 1907 bis 1913 waren 4,8 Prozent bzw. 11,9 Prozent der Mitglieder in Arbeitskämpfe verwickelt.

Trotz der Einschätzungsproblematik von Angriffs- und Abwehrstreiks sei vermerkt, daß für den ganzen hier betrachteten Zeitraum der Anteil der Angriffsbewegungen an der Gesamtzahl der Streiks bei den Christlichen Gewerkschaften deutlich höher war als bei den Freien Gewerkschaften. Dies könnte auf unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe zurückgehen, ist in dieser Deutlichkeit jedoch auffallend, weil davon auszugehen ist, daß diese Statistik kaum dem Selbstverständnis der Christlichen Gewerkschaften entsprochen haben dürfte, denen an einer Betonung des defensiven Charakters ihrer Streikaktionen hätte gelegen sein müssen; auch der Gewerkschaftsstreit hätte eine solche Tendenz unterstützen können (siehe Tabelle 4, S. 361).

In dem Maße, in dem die Beteiligung der Christlichen Gewerkschaften an Arbeitskämpfen zurückging, nahm die an ‚friedlichen Lohnbewegungen‘ zu, zu denen statistisch auch die Verhandlungen um Arbeitszeit, Arbeiterschutz und ‚Mißstände aller Art‘ zählten; diese Entwicklung spiegelt sich in der Anzahl der Lohnbewegungen insgesamt und vor allem im Verhältnis der Zahlen von den an Arbeitskämpfen und den an Lohnbewegungen insgesamt beteiligten Christlichen Gewerkschaftsmitgliedern wider (Tabelle 5).

Tabelle 3: Streikbeteiligung der Christlichen und der Freien Gewerkschaften 1903—1913 ¹¹

Jahr	Angriffsstreiks		Abwehrstreiks		Arbeitskampfkosten		Beteiligte Personen			
	Christliche Gewerksch.	Freie Gewerksch.	Christliche Gewerksch.	Freie Gewerksch.	Christliche Gewerksch.	Freie Gewerksch.	Christl. Gewerkschaften Teilnehm. in % d. Mitgl.	Freie Gewerkschaften Teilnehm. in % d. Mitgl.		
1903	47	597	26	582	155 030	3 218 681	4 713	5,2	74 981	8,4
1904	92	867	25	608	133 362	3 256 785	8 019	7,5	98 831	9,3
1905	181	1 366	35	837	1 000 320	5 942 716	80 602	42,8	381 296	28,3
1906	345	2 012	52	996	853 435	7 176 299	30 049	12,2	215 415	12,7
1907	189	1 605	35	799	743 270	5 904 801	17 171	6,0	173 094	9,2
1908	82	678	81	1 117	424 992	4 477 039	6 809	2,6	126 883	6,9
1909	112	832	74	1 007	489 023	5 934 453	7 210	2,6	131 244	7,1
1910	182	1 514	55	906	1 239 500	18 457 769	22 366	7,1	369 011	18,2
1911	247	1 863	65	1 044	1 199 598	16 062 906	18 490	5,3	325 253	13,9
1912	250	1 676	77	949	654 323	11 733 749	13 124	3,7	479 589	18,7
1913	234	1 425	72	899	989 631	14 825 881	21 036	6,2	248 986	9,6

¹¹ Zahlen der Christlichen Gewerkschaften zusammengestellt bzw. berechnet nach: Jahrbuch der Christlichen Gewerkschaften für 1914, Köln 1914, S. 27 f., und Jahrbuch der Christlichen Gewerkschaften für 1915, Köln 1915, S. 21 f.; Zahlen der Freien Gewerkschaften zusammengestellt bzw. berechnet nach: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1904, S. 542 ff.; 1905, S. 655 ff.; 1906, S. 693 ff.; Statistischer Anhang: 1907, S. 116 ff.; 1908, S. 203 ff.; 1909, S. 212 f.; 1910, S. 204 f.; 1911, S. 208 f.; 1912, S. 252 f.; 1913, S. 210 ff.; 1914, S. 256 f. Die Zahlen über die an Arbeitskämpfen beteiligten Personen beziehen sich — außer für die Freien Gewerkschaften in den Jahren 1903 bis 1907 — auf die Beteiligung an Streiks und Aussperrungen zusammengenommen.

Tabelle 4: Anteil der Angriffsstreiks an allen Streiks bei Christlichen und Freien Gewerkschaften 1903—1913

Jahr	Christliche Gewerkschaften	Freie Gewerkschaften
1903	64,4	50,6
1904	78,6	58,8
1905	83,8	62,0
1906	86,9	66,9
1907	84,4	66,8
1908	50,3	37,8
1909	60,2	45,2
1910	76,8	62,6
1911	79,1	64,1
1912	76,5	63,8
1913	76,5	61,3

Tabelle 5: Beteiligung der Christlichen Gewerkschaften an Lohnbewegungen und Arbeitskämpfen 1903—1913 ¹²

Jahr	Bewegungen		An Arbeitskämpfen Beteiligte (3)	Anteil von 3 an 2
	Anzahl (1)	Beteiligte (2)		
1903	157	11 053	4 713	42,6
1904	291	14 818	8 019	54,1
1905	614	106 618	80 602	75,6
1906	1 024	68 768	30 049	43,7
1907	1 089	59 718	17 171	28,8
1908	683	43 238	6 809	15,7
1909	706	26 946	7 010	26,0
1910	951	73 112	22 366	30,6
1911	1 181	52 139	18 490	35,5
1912	1 184	53 623	13 124	24,5
1913	1 506	95 529	21 036	22,0

Tabelle 6: Anteil der von den Christlichen Gewerkschaften allein geführten Bewegungen an allen Bewegungen ¹³

Jahr	Anteil in %	Jahr	Anteil in %
1903	31,2	1908	43,8
1904	25,4	1909	33,0
1905	38,4	1910	26,7
1906	38,9	1911	35,1
1907	55,5	1912	33,4
		1913	34,1

¹² Siehe Anmerkung 11.

¹³ Ebd.

Tabelle 7: Gründe der Arbeitskämpfe¹⁴.

Jahr	höhere Löhne	Arbeitszeitverkürzung	Beides	Abwehr von Verschlechterungen
1903	17	—	20	14
1904	41	—	44	28
1905	81	—	99	38
1906	143	27	204	30
1907	126	8	96	26
1908	42	1	37	86
1909	70	2	53	89
1910	117	3	89	51
1911	109	8	109	49
1912	155	11	94	53
1913	503	14	309	142

Insgesamt zeigt sich — mit einigen Schwankungen — eine deutliche Tendenz zum Rückgang des Arbeitskampfanteils an allen Bewegungen.

Kein eindeutiges Bild im Sinne eines Trends ergibt die Aufstellung über die ‚Gemeinschaftsarbeit‘ der Gewerkschaften. Mit erheblichen Schwankungen scheint sich der Anteil der allein von den Christlichen Gewerkschaften geführten Lohnbewegungen bei etwa einem Drittel aller Bewegungen eingependelt zu haben. Weitergehende Interpretationen — etwa Verknüpfungen mit dem jeweiligen Stand des Gewerkschaftsstreits — lassen sich aus diesen Daten wohl kaum ableiten.

Schließlich seien noch die Gründe betrachtet, die die Christlichen Gewerkschaften für die Beteiligung an Arbeitskämpfen angaben (Tabelle 7).

Die Tabelle illustriert nicht nur, daß die überwiegende Zahl der Arbeitskämpfe der Christlichen Gewerkschaften inhaltlich um Lohn- und Arbeitszeitforderungen geführt wurde, sondern sie unterstreicht auch den aus Tabelle 4 abgeleiteten Befund einer vorherrschend offensiven Arbeitskampfpolitik.

Etwas näher an die Realität der Arbeitskämpfe führt die Statistik für einzelne Christliche Gewerkschaften heran, die allerdings keineswegs vollständig ist (siehe Tabelle 8).

Aus den unterschiedlich hohen Werten für die in den einzelnen Verbänden an Lohnbewegungen beteiligten Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften wird man nur sehr vorsichtig auf Differenzen der Politik schließen dürfen, da die organisationsbezogenen sowie branchen- und betriebsspezifischen Faktoren einer genaueren Analyse bedürften. So ist aufgrund der Daten in Tabelle 8 nur sehr global eine Bestätigung des Zusammenhangs von konjunktureller Entwicklung und Lohnbewegungs- bzw. Arbeitskampfverhalten zu konstatieren. Gerade die

¹⁴ Nach Siegler, S. 116.

Tabelle 8: Beteiligung Christlicher Gewerkschaften an Lohnbewegungen und Arbeitskämpfen 1902—1913¹⁵

	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Bergarbeiter	a) —	—	—	61 200	2 059	1 012	—	—	—	800	—	1 053
	b) —	—	—	60 000	2 059	800	—	—	—	615	—	639
Bauarbeiter	a) 578	4 045	5 996	12 034	14 881	17 770	25 585	6 762	33 271	4 785	3 885	42 136
	b) 426	1 790	2 998	8 058	4 043	5 112	1 570	2 761	14 613	2 759	3 885	2 739
Textilarbeiter	a) 1 226	2 202	2 982	11 720	14 055	11 162	4 579	5 506	6 739	13 046	9 419	12 975
	b) 852	1 241	393	2 755	8 817	2 434	1 071	811	1 454	4 883	478	8 180
Metallarbeiter	a) 64	1 222	1 521	10 384	9 333	6 223	2 152	2 657	9 951	10 944	13 488	9 792
	b) 64	860	530	5 488	5 404	2 032	1 002	374	3 369	2 855	2 009	2 072
Hilfs- und Transportarbeiter/Fabrikarbeiter	a) 476	790	328	3 230	10 053	5 918	—	—	—	—	—	3 913
	b) —	27	51	1 338	5 016	1 070	—	—	—	—	—	322
Holzarbeiter	a) 817	1 373	2 750	2 820	6 409	4 755	2 355	2 786	5 485	4 674	4 629	6 575
	b) 209	414	830	1 296	1 727	965	507	1 018	815	1 540	829	800
Keramarbeiter	a) —	61	114	2 412	3 708	3 655	1 245	911	2 675	2 198	3 083	4 337
	b) —	—	—	451	1 018	957	802	430	465	627	—	649
Tabakarbeiter	a) 268	284	345	497	4 269	2 419	429	392	1 814	4 166	3 898	1 296
	b) 70	—	50	—	829	285	24	62	296	2 796	2 120	24
Schuh- und Lederarbeiter	a) 330	471	319	422	743	1 422	656	789	2 474	2 055	673	1 204
	b) 140	296	98	30	141	864	321	286	462	388	185	522
Schneider	a) 443	261	82	794	1 136	1 902	882	607	750	1 761	1 874	1 270
	b) 390	11	48	621	486	1 506	91	41	175	423	1 574	198
Maler	a) —	344	—	806	1 850	1 500	642	105	2 821	394	198	3 829
	b) —	74	—	290	482	1 025	167	64	117	176	38	3 661
Gutenbergbund	a) —	—	—	—	16	52	—	—	—	24	—	—
	b) —	—	—	—	16	52	60	—	—	24	—	—

¹⁵ Zusammengestellt nach den jährlichen Überblicks-Statistiken der Mittelungen bzw. des Zentralblatts der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands 1903 bis 1914.

	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Graphische Arbeiter	a)	—	81	300	256	339	325	378	549	699	564	1 030
	b)	—	—	275	11	19	85	82	32	40	57	728
Staats-, Gemeinde-, Verkehrsarbeiter	a)	—	—	—	—	—	4 388	5 307	6 525	4 774	10 782	3 115
	b)	—	—	—	—	—	1 109	1 011	536	701	1 023	—
Heimarbeiter	a)	—	—	—	—	—	—	—	—	636	199	50
	b)	—	—	—	—	—	—	—	—	500	—	50
Nahrungs- und Genuß- mittelindustriearbeiter	a)	—	—	—	—	—	—	—	—	1 059	455	1 195
	b)	—	—	—	—	—	—	—	—	109	124	365

a) Beteiligte an Lohnbewegungen

b) Beteiligte an Arbeitskämpfen

konjunkturelle Lage ist auch einer der von den Christlichen Gewerkschaften bei der Wahl des Streikzeitpunkts berücksichtigten Faktoren gewesen¹⁶. Insgesamt kann hier lediglich festgestellt werden, daß die Beteiligung an Lohnbewegungen 1907/08 der konjunkturellen Stockung entsprechend zurückging; dies gilt vor allem für die Textil-, Holz- und die Maschinenindustrie und speziell für die Wirtschaftszweige der Konsumgüter- und Genussmittelbranchen sowie die Porzellan-, Glas- und Spielwarenindustrie. Demgegenüber scheint, so faßt A. Siegler die Ergebnisse seiner Untersuchung zusammen, das Auslaufen der Hochkonjunktur 1913 „lediglich bei Metall- und Holzarbeitern sowie Schneidern mittelbar eine Zurückhaltung in der Lohnpolitik bewirkt zu haben“¹⁷.

III.

Faßt man die Daten über das Arbeitskampfverhalten der Christlichen Gewerkschaften in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zusammen, so gilt es zunächst, das Verdikt zu revidieren, sie seien wirtschaftsfriedliche gelbe Organisationen gewesen. Gleichzeitig ist jedoch nicht zu übersehen, daß ihr Anteil an Arbeitskämpfen deutlich geringer war als ihr Anteil an der Gesamtzahl der Organisierten. Diese Zurückhaltung im Arbeitskampf entsprach ebenso der auf Verhandlungen angelegten Ideologie wie auch der existenzbedrohenden Situation des Gewerkschaftsstreits und drittens der eigenen organisatorischen Schwäche. Insbesondere diese Schwäche ließ es vielfach angeraten scheinen, sich auf den Weg der Petition, der Eingabe usw. zu verlassen, der im übrigen auch bei den Freien Gewerkschaften keineswegs unüblich war.

Die von den Christlichen Gewerkschaften immer wieder präzisierten Stellungnahmen zum Problem des Streiks erfuhren ihre deutlichste Interpretation durch die gewerkschaftliche Praxis. In der Tat war der Streik für die Christlichen Gewerkschaften das letzte Mittel in der Interessenauseinandersetzung mit den Unternehmern. Der Katalog von Vorbedingungen, die für die Durchführung eines erfolgreichen Arbeitskampfes aufgestellt wurden, war so umfangreich, daß nur in den seltensten Fällen alle Anforderungen zu erfüllen waren; wäre der Ausgang eines Arbeitskampfes zugunsten der Gewerkschaften so sicher zu prognostizieren, wie von den Christlichen Gewerkschaften gefordert, dann wäre eigentlich der Beginn des Kampfes allein deswegen bereits unnötig, weil sich die Arbeitgeber — pointiert gesagt — keinerlei Chancen hätten ausrechnen können, ihre Forderungen durchzusetzen. Vielmehr kommt es regelmäßig nur dann zu einem Arbeitskampf, wenn das Ergebnis eben nicht schon vorher aufgrund der

¹⁶ Siehe z. B. Verminderung der Streiks während der Krise, in: Mitteilungen Nr. 19, 23. 12. 1901, S. 173 f.

¹⁷ Siegler, S. 112.

Stärkeverhältnisse absolut eindeutig festliegt. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Christlichen Gewerkschaften vielfach übervorsichtig waren.

Allerdings ist verständlich, daß die Christlichen Gewerkschaften darauf bestanden, sowohl an Verhandlungen als auch an Streikvorbereitungen gleichberechtigt bzw. ihrer Stärke entsprechend beteiligt zu werden; daß sie darüber verbittert waren, wenn dies nicht geschah, ist ebenso einsichtig wie die Ansicht, in einem Streik, den sie von Anfang an abgelehnt hatten, könnten sie nicht als Streikbrecher gelten, wenn ihre Mitglieder weiter arbeiteten. Andererseits durften sich auch die Freien Gewerkschaften zu Recht oftmals von dem Mangel an Solidarität der Christlichen Verbände betroffen zeigen, die mehrmals frühzeitig aus gemeinsam begonnenen Aktionen ausstiegen.

IV.

Wie schwer sich Christliche und Freie Gewerkschaften taten, zu einem gemeinsamen oder auch nur abgestimmten Vorgehen bei Arbeitsstreitigkeiten zu kommen, illustriert am deutlichsten der Prinzipienkampf in der Kölner Holzindustrie, der Anlaß zu grundsätzlichen Überlegungen der Christlichen Gewerkschaften über „Das Zusammengehen der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften bei Lohnbewegungen und Streiks“ gab¹⁸. Zwar schlossen die „prinzipiellen Gegensätze zwischen den christlichen und den sozialdemokratischen Gewerkschaften . . . nicht aus, daß beide Richtungen dort, wo es sich um die Lösung rein gewerkschaftlicher Aufgaben handelt, gemeinsam vorgehen können“. Doch seien einige Vorbedingungen zu erfüllen. Vor allem forderten die Christlichen Gewerkschaften, „daß ihnen vor der Inszenierung einer Bewegung oder eines Streiks frühzeitig Gelegenheit geboten wird, die Sachlage zu prüfen und mit darüber zu entscheiden. Dasselbe gilt von der einzuschlagenden Taktik während eines Streiks oder einer Bewegung“. Damit wurde der Standpunkt der Christlichen Holzarbeiter der gesamten Christlichen Bewegung empfohlen:

1. Will eine Organisation eine Lohnbewegung inszenieren und es kommt dabei eine zweite Organisation in Betracht, so ist diese so frühzeitig wie möglich davon zu verständigen, damit auch von ihr alle Vorbereitungen getroffen werden können.
2. Vor dem Eintritt in eine unter Punkt 1 bezeichnete Bewegung ist unter den beteiligten Verbänden sowohl hinsichtlich der Forderungen wie auch über den Zeitpunkt und die vorgesehene Taktik eine Verständigung zu erzielen.
3. Werden von andern Verbänden die unter 1 und 2 stehenden Vorbedingungen nicht erfüllt, so haben die Mitglieder unseres Verbandes durch Versamm-

¹⁸ Siehe zum Folgenden: Sozialdemokratische Streik-Taktik, insbesondere gegenüber Christlichen Gewerkschaften, mit vorzugsweiser Berücksichtigung einiger Vorgänge im Kölner Schreinergerwerbe, hrsg. v. Christlichen Holzarbeiterverband, Köln 1905.

lungsbeschluß ihre einzuschlagende Taktik selbst zu bestimmen und die Zustimmung des Zentralvorstandes dazu einzuholen.“

Anlaß dieses ‚Reglements‘ waren die Auseinandersetzungen in der Kölner Holzindustrie, die seit 1903 zu Kontroversen zwischen den beiden großen Richtungsverbänden geführt hatten. Dabei ging es 1903 und 1904 darum, daß der (Freie) Deutsche Holzarbeiterverband seine Forderungen in eigenen Versammlungen formulierte, zu denen die Vertreter des Christlichen Holzarbeiterverbandes keinen Zutritt erhielten; 1904 wurde zudem in einzelnen Werkstätten die Arbeit niedergelegt, ohne daß eine Abstimmung mit dem Christlichen Verband stattgefunden hätte. Wichtigster Streitpunkt war jedoch die Tatsache, daß die Freien Gewerkschaften darauf bestanden, bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern seien keine Vertreter der Christlichen Gewerkschaften zu beteiligen.

Nachdem es bereits 1904 zu Arbeitskämpfen in den Waggonfabriken gekommen war, spitzte sich die Situation 1905 zu. Zwar hatte eine Abstimmung der Verbände über die Forderungen für Bautischler stattgefunden, Differenzen blieben jedoch darüber, ob es geraten sei, zum jetzigen Zeitpunkt diese Forderungen durch Streik durchzusetzen; während die Christlichen Gewerkschaften gegen einen Arbeitskampf auftraten, entschieden sich die Freien dafür. In einzelnen Werkstätten wurde daraufhin seit 21. April gestreikt. In einer Mitgliederversammlung des Kölner Christlichen Holzarbeiterverbandes, an der ca. 600 der 800 Mitglieder teilnahmen, wurde gegen zwölf Stimmen beschlossen, sich nicht am Streik zu beteiligen. Der Streik wurde in einer Resolution als „frivoles Spiel sozialdemokratischer Führer mit den Arbeiterinteressen“ gebrandmarkt, durch das sie den Christlichen Verband ‚diktatorisch‘ in den Kampf glaubten zwingen zu können. „Für die Mitglieder des Christlichen Holzarbeiterverbandes ist die Bewegung als nicht vorhanden zu betrachten.“ Das bedeutete, daß die Christlichen Gewerkschafter weiterarbeiteten; „auch sperrte“ — so lakonisch der Bericht — „der christliche Verband seinen Arbeitsnachweis nicht“. Dadurch seien die Pläne des sozialdemokratischen Verbandes durchkreuzt worden.

Nach Angaben des Christlichen Verbandes kam es in der Folgezeit zu zahlreichen ‚Terrormaßnahmen‘ gegen die Christlichen Holzarbeiter, die der Christliche Verband für die Agitation ausnutzte. Der Streik ging — wohl auch aufgrund des Zuzugs von Arbeitskräften — nach mehrwöchiger Dauer verloren. Zurück blieb, auch und gerade bei den Freien Gewerkschaften, eine ungewöhnliche Verbitterung¹⁹. Indessen wiesen die Christlichen Gewerkschaften den Vorwurf des Streikbruchs nicht zuletzt unter Hinweis auf ihr Verhalten im selben Jahr im Ruhrbergbau zurück.

Die Überlagerung mehrerer Motivstränge für die Aktualisierung der Bereitschaft, einen Streik durchzuführen oder zu unterstützen, wird wohl am deutlich-

¹⁹ Vgl. Ein Denkmal dem Christlichen Holzarbeiterverband. Aus Anlaß seiner Heldentaten im Schreinerstreik in Köln 1905, hrsg. v. Deutschen Holzarbeiterverband, Stuttgart 1905, z. B. S. 3.

sten in der Geschichte der einflußreichsten Christlichen Gewerkschaft, des Bergarbeiterverbandes. Ließ er sich 1905 — ebenso wie die anderen Verbände — in den Arbeitskampf hineinziehen, so behielt er 1912 seine ablehnende Position bei. Parteipolitische Motive, die Zuspitzung des Gewerkschaftsstreits und die Annahme, zur Zeit habe ein Streik keine günstigen Erfolgsaussichten, verbanden sich in der Politik des Gewerkvereins²⁰.

Bereits in einer Konferenz der Ortsgruppenvorsitzenden am 27. November 1910 hatte der Gewerkverein beschlossen, keinesfalls mit dem Alten Verband zusammenzugehen; er stellte deswegen seine Lohnforderungen allein auf. Damit war jedoch keine grundsätzliche Ablehnung eines Streiks verbunden; nur hielt er den gegenwärtigen Zeitpunkt für wenig zweckmäßig; gerade diese nicht vollkommen eindeutige Ablehnung eines Arbeitskampfes wurde Anlaß zu einer Pressekontroverse mit der *Germania*, die einmal mehr die Frontstellungen des Gewerkschaftsstreits verdeutlichte. Die Forderungen des Gewerkvereins wurden vom Bergbaulichen Verein unter Hinweis auf die bereits langsam angestiegenen Löhne abgelehnt. Dennoch legte sich der Christliche Gewerkverein auch in seiner Vorstandssitzung am 5. Oktober 1911 darauf fest, daß ein Zusammengehen mit den anderen Verbänden ebenso abzulehnen sei wie der Versuch, jetzt direkt Lohnforderungen bei den Werksbesitzern durchzusetzen. Vielmehr wollte er sich auf die Teuerungsinterpellation im Reichstag und die Information der Öffentlichkeit beschränken. Außerdem wurden Eingaben an Reichstag, Staatsregierung und Kommunalverwaltungen beschlossen, in denen auf die Notlage der Bergarbeiter hingewiesen werden sollte. Ein polizeilicher Beobachter berichtete „aus zuverlässiger Quelle“, daß dieser Beschluß darauf zurückzuführen sei, „daß der Gewerkverein mit Rücksicht auf seinen Gegensatz zum Alten Verbands und auf die bevorstehenden Wahlen alles vermeiden will, was bei den Staatsbehörden, den Werksbesitzern und den national gesinnten Arbeitern Anstoß erregen könnte“. Die Vorstandsmitglieder, so wurde anerkennend vermerkt, seien „aufrichtig gewillt, mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten, daß die Reichstagsmandate in Dortmund, Gelsenkirchen-Bochum der Sozialdemokratie entrissen werden“.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Gewerkvereins am 8. Oktober 1911 in Essen für das Ruhrrevier wurde zwar das Verhalten der Grubenverwaltungen verurteilt, die nur ungenügend dem im Dezember 1910 vom Zechenverband gegebenen Versprechen, die Löhne zu erhöhen, nachgekommen seien, doch die Versammlung blieb bei einem Appell, diese Zusagen nun einzulösen.

Am 12. Oktober fand dann eine gemeinsame Sitzung der vier Bergarbeiterverbände statt, bei der, laut Polizeibericht, einmütig die Lohnsituation kritisiert, jedoch kein Beschluß über ein gemeinsames Vorgehen gefaßt wurde; viel-

²⁰ Dazu auf breiter Materialbasis *Schneider*, Christliche Gewerkschaften, S. 297—303. Vgl. *H. Imbusch*, Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet im Frühjahr 1912, 8. Aufl. Köln 1912.

mehr gingen die Meinungen zwischen dem Christlichen Gewerkverein und den anderen Organisationen über die Aussichten eines Streiks weit auseinander, dessen Gefahren der Christliche Verband eindringlich vor Augen führte. Der polizeiliche Beobachter gewann den Eindruck, daß die Entscheidung für das Ruhrrevier von der englischen Entwicklung abhängig gemacht werden sollte, sei doch betont worden, „daß ein Streik in England den Streik der Ruhrleute nach sich ziehen würde, sollten inzwischen die Löhne nicht aufge bessert sein“. Otto Hue vom Alten Verband hatte in dieser Sitzung eingestanden, daß auch er kaum mit einem Sieg über die Zechenherren rechnet, wohl aber meinte, sie zu Kompromissen zwingen zu können, seien die Bergarbeiter doch inzwischen besser organisiert als 1905; auch sei die konjunkturelle Lage günstig.

Nachdem schon die gemeinsame Tagung der Zentralvorstände der vier Bergarbeiterorganisationen im Oktober 1911 keine Einigung über ein gemeinsames Vorgehen zu erbringen vermocht hatte, trafen auch in der Sitzung am 5. Februar 1912 die Meinungen hart aufeinander. Für die Schärfe der Debatten dürften nicht zuletzt die Reichstagswahlen vom Januar 1912 verantwortlich gewesen sein, die der SPD zwar Stimmengewinne, dennoch aber wegen eines Stichwahlabkommens von Zentrum und Nationalliberalen den Verlust der Mandate in Bochum und Duisburg gebracht hatten. Während Alter Verband, Hirsch-Dunkerschwerer Gewerkverein und Polnische Berufsvereinigung darauf drängten, sofort eine Lohnbewegung einzuleiten, lehnten die Vertreter des Christlichen Gewerkvereins dies entschieden ab; vielmehr sollten die von den Arbeitgebern für März/April 1912 angekündigten Lohnerhöhungen abgewartet werden. Ohne den Christlichen Gewerkverein erbatens daraufhin die zum ‚Dreibund‘ zusammengeschlossenen Organisationen in einer Eingabe an den Zechenverband vom 6. Februar 1912 höhere Löhne. In der Antwort vom 13. Februar wurden zwar Lohnerhöhungen in Aussicht gestellt, Verhandlungen jedoch abgelehnt. Am 19. Februar wurden die gewerkschaftlichen Forderungen nicht nur präzisiert, sondern zudem erweitert. Der ‚Dreibund‘ stellte Lohnforderungen von 15 Prozent und verlangte zudem die Einführung der achtstündigen Schichtzeit sowie eine weitere Arbeitszeitverkürzung auf sieben bzw. sechs Stunden an schwierigen und heißen Arbeitsplätzen und die Einrichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen und Schiedsgerichten. Eine Antwort auf diesen Forderungskatalog wurde bis zum 5. März 1912 erwartet. Der Zeitpunkt für ein offensives Vorgehen der Bergarbeiter schien in Anbetracht der guten Konjunkturlage günstig zu sein, die der absehbare Bergarbeiterstreik in England, der am 1. März 1912 begann, noch zu verbessern schien.

Auf die Ablehnung der Forderungen seitens der Arbeitgeber, vor deren Eingang schon in einzelnen Zechen die Arbeit niedergelegt worden war, empfahl eine Bezirksmännerversammlung am 7. März den Streikbeginn für den 11. März; dem folgte der ‚Dreibund‘ am 10. März mit seinem Streikaufruf.

Die Position des Gewerkvereins war kompliziert; einerseits sah er die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen, andererseits empfahl die Zuspitzung des Ge-

werkschaftsstreits Zurückhaltung. Außerdem war zu bedenken: Die Beteiligung an einem erfolglosen Streik würde enttäuschte Mitglieder und entsprechende Verluste nach sich ziehen, die Beteiligung an einem erfolgreichen Streik den Gewerkverein näher und unter Umständen auf Dauer an den Alten Verband binden. In diesem Dilemma verlegte sich der Gewerkverein auf scharfe Kritik am Alten Verband, der die Machtprobe gesucht habe. Er wolle den Gewerkverein vernichten und einen ‚Sympathiestreik‘ für die englischen Bergarbeiter unternehmen, ohne Rücksicht auf die damit verbundene Gefährdung der deutschen Arbeiterschaft. Gerade die ‚nationalen‘ Belange wurden in den Vordergrund der Argumentation gestellt; dabei ging es nicht nur um die Abgrenzung von der ‚internationalistischen‘ Sozialdemokratie, sondern zugleich empfahlen sich die Christlichen Gewerkschaften ihren potentiellen Fürsprechern in Regierung und Kirche als verantwortungsbewußte ‚nationale Kraft‘. Eindeutig war das Verhalten des Gewerkvereins auch davon geprägt, sich nicht wie beim Arbeitskampf 1905 dem Vorwurf der Scharfmacherei seitens der katholischen Arbeitervereine und damit einer Gefährdung der Unterstützung von Teilen des Klerus auszusetzen.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Gewerkvereins, die am 6. März für das Ruhrrevier stattfand, wurden der Vorstandskurs und damit die Ablehnung eines Streiks einstimmig unterstützt; außerdem wurde der Innenminister aufgefordert, die Arbeitswilligen unter Umständen unter militärischen Schutz zu stellen, da die Polizeikräfte nicht ausreichten. Ein derartiges Ersuchen wurde am 11. März auch Staatssekretär Delbrück zugeleitet.

Hatten sich die streikenden Bergleute 1905 des Wohlwollens weiter Teile der Öffentlichkeit erfreut, so galt der Arbeitskampf 1912 vielfach als willkürlich vom Zaum gebrochen, wohl gar mit dem Ziel begonnen, den Christlichen Gewerkverein in eine schwierige, wenn nicht aussichtslose Lage zu manövrieren. Nachdem anfangs gut 190 000 Bergarbeiter, d. h. etwa die Hälfte der Bergarbeiterschaft des Ruhrreviers, in den Streik getreten waren, stieg die Zahl bis zum 13. März auf 235 000 (etwa 61 Prozent der Belegschaft), fiel dann jedoch nach dem Einsatz des Militärs ab 14. März rasch ab. Die Schätzungen über die Streikbeteiligung gehen weit auseinander; sie schwanken — wobei der Zeitpunkt, auf den sie sich beziehen, unklar ist — zwischen 34 und 75 Prozent der Belegschaft; gerade von den Freien Gewerkschaften wurde während des Streiks darauf hingewiesen, daß auch zahlreiche christlich orientierte Arbeiter mitstreikten — und dies trotz der uneingeschränkten Ablehnung des Streiks nicht nur durch den Gewerkverein, sondern auch durch die konfessionellen Arbeiter- und Knappenvereine. Bereits am 19. März hatte sich das Arbeitsleben wieder normalisiert. Es folgten zahlreiche Bestrafungen wegen Kontraktbruch, aber auch wegen Ausschreitungen.

Das erfolglose Ende des Streiks wurde von den Christlichen Gewerkschaften als Bestätigung ihrer Position gewertet; mehr Vorsicht wäre nötig gewesen, da der Verhandlungsweg nicht ausgeschöpft worden sei sowie Organisationsgrad

und Kassenstand der Arbeiterverbände zu niedrig gewesen seien. Auch habe der Streik der englischen Bergleute den Druck auf die deutschen Grubenbesitzer vermindert, da keine Konkurrenz zu befürchten gewesen sei. Dies alles hätten die Freien Gewerkschaften übersehen, da sie es nur darauf abgesehen hätten, den Christlichen Verband niederzuzwingen, weil sie über den Wahlausgang, besonders den Mandatsverlust Hues, verbittert seien. Jedenfalls schoben sich Alter Verband und Christlicher Gewerkverein die Schuld an dem erfolglosen Streikausgang gegenseitig zu: War für die einen der Streik von vornherein verfehlt, so betonten die anderen die Rolle der Christlichen Gewerkschafter als Streikbrecher.

Schienen die Einwände des Christlichen Gewerkvereins durch den Ausgang des Arbeitskampfes auch gerechtfertigt worden zu sein, so ist doch zu fragen, ob nicht ein geschlossenes Vorgehen aller vier Bergarbeiterverbände die Erfolgsaussichten stark verbessert hätte. Dies zumindest war die Ansicht der Freien Gewerkschaften, die nach dem Streik eine tiefe Verbitterung gegenüber dem Gewerkverein hegten, die offenbar bis an die Basis reichte; als Beispiel sei auf die Diskussion einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung am 28. Dezember 1913 in Datteln mit ca. 350 bis 400 Teilnehmern verwiesen, in der die Christlichen Bergarbeiter als „Streikbrecher“, die nach Militär geschrien hätten, als „Eiterbeulen am Nacken der Arbeiter“, die „mit einer glühenden Stange ... weggebrannt werden“ müßten, beschimpft wurden. Die Gelben seien wenigstens keine Heuchler. Auch der Streik 1905 mußte die Ansicht stützen, daß ein geschlossenes Vorgehen erfolgreich hätte sein können.

Akzeptiert man indessen die Stilisierung des Streiks zu einem „Ringens zwischen der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiterbewegung“, die vom Gewerkverein propagandistisch geschickt zugunsten einer Bestätigung der volkswirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Christlichen Gewerkschaften verwandt wurde, dann wird eines sehr deutlich: Zumindest in den Zentren der Christlichen Gewerkschaften konnte kaum ohne und schon gar nicht gegen diese eine erfolgreiche Streikaktion durchgeführt werden.

Die Position der Christlichen Gewerkschaften wurde am 14., 15. und 16. März im Reichstag durchaus gewürdigt. Staatssekretär Delbrück betonte am 14. März, daß der Streik, soweit es um Lohnerhöhungen ging, nicht nötig war, daß er überdies begonnen habe, bevor alle Möglichkeiten einer friedlichen Einigung ausgeschöpft waren. Und Carl Matthias Schiffer (Christliche Textilarbeiter) sowie Johannes Giesberts nutzten die Gelegenheit am 14. bzw. 16. März, das volkswirtschaftliche und nationale Verantwortungsbewußtsein der Christlichen Gewerkschaften herauszustellen. Auch Hermann Imbusch konnte diese These im Preußischen Abgeordnetenhaus am 18. März untermauern. Zudem wurde von den Christlichen Gewerkschaften der ‚Terrorismus‘ der Streikenden gebrandmarkt, um vor diesem Hintergrund als Ordnungskraft zu gelten.

Zentrale Bedeutung hatte in der Tat der Streikbruchvorwurf, den die Christlichen Gewerkschaften — so Giesberts am 16. März — dadurch zu entkräften suchten, daß sie darauf hinwiesen, wenn die zweitstärkste Organisation sich nicht

an einem ihr aussichtslos scheinenden Streik beteiligte, so könne dies nicht als Streikbruch gewertet werden. Der Christliche Gewerkverein sei kein Befehlsempfänger des Alten Verbandes. Dies war im übrigen auch der Grundtenor der Stellungnahmen auf dem Gewerkschaftskongreß vom Oktober 1912, der jedoch unter der Ungewißheit stand, ob sich die bewiesene „nationale und volkswirtschaftliche Verantwortung“ auch ausgezahlt habe. Dabei wurde der Ruhrstreik zum Vorläufer eines Massenstreiks stilisiert, mit dem man jederzeit rechnen müsse, gegen den jedoch die Christlichen Gewerkschaften — nunmehr erwiesenermaßen — ein Bollwerk seien.

Auch wenn über die Kontroversen um das Arbeitskampfverhalten von Christlichen und Freien Gewerkschaften nicht die zahlreichen Beispiele der Zusammenarbeit, die vom Ruhrbergarbeiterstreik 1905 über mehrere Bewegungen in der Krefelder Textilindustrie 1906—1909 zum Bauarbeiterkampf 1910 reichten, vergessen werden dürfen, bleibt doch festzuhalten, daß die Konflikte mehr publizistischen Wirbel als irgendeine erfolgreiche Zusammenarbeit verursacht haben. Die polemischen Auseinandersetzungen waren es, die — meist unter Bezug auf Arbeitskämpfe (so den des Kölner Schreinergerwerbes und den der Münchener Metallindustrie 1905, den in Badisch-Rheinfelden 1909 und den der Färber in Krefeld 1913) — das Verhältnis von Christlichen und Freien Gewerkschaften prägten.

Beiden großen Richtungsgewerkschaften gemeinsam war im übrigen die Erwartung, durch wachsende Organisation eine verbesserte Kampfkraft zu erreichen und durch den Arbeitskampf zugleich die Organisation zu stärken. Der zweite Aspekt wurde von den Freien, der erste von den Christlichen Gewerkschaften mit dem Ziel, durch eindrucksvolle Drohgebärde den Streik weitgehend überflüssig zu machen, betont, ohne daß jedoch der jeweils andere Aspekt außer Acht gelassen worden wäre. Die Christlichen Gewerkschaften konnten, auch dies darf nicht übersehen werden, auf den Streik jedoch nicht zuletzt deswegen oftmals verzichten, weil sie an der Glaubwürdigkeit der Drohgebärde, die durch die Freien Gewerkschaften aktualisiert wurde, indirekt partizipierten.

Ihr realer Einfluß in Lohnbewegungen kann keineswegs in Mark und Pfennig quantifiziert werden. Als sicher kann nur gelten, daß es bereits vor dem Ersten Weltkrieg nahezu unmöglich war, in bestimmten Regionen und Branchen, in denen die Christlichen Gewerkschaften stark waren, gegen den Willen dieser Organisationen mit Erfolg zu streiken. Die Einsicht in diese Tatsache dürfte einen mäßigenden Einfluß auf die Freien Gewerkschaften ausgeübt haben. Gerade darauf wiesen die Christlichen Gewerkschaften, nicht zuletzt wohl zum Beweis ihres ‚nationalen‘ Verantwortungsbewußtseins, oft und gerne hin.

Die Freien Gewerkschaften benutzten den Hinweis auf die Streik-Zurückhaltung der Christlichen Verbände denn auch gegebenenfalls, um ihre eigene Position gegenüber ‚radikaleren‘ Arbeitern zu legitimieren. Während also die Christlichen Gewerkschaften ‚mäßigend‘ auf die Freien Verbände einzuwirken meinten, hofften die Freien Gewerkschaften auf die ‚Erziehung‘ der Christlichen Organi-

sationen — durch die alltägliche Arbeit, durch die Gegnerschaft der Arbeitgeber und vor allem durch den Arbeitskampf — zu Klassenkampforganisationen.

Dabei ist die grundsätzliche Differenz im Selbstverständnis der beiden großen Richtungsgewerkschaften nicht zu übersehen, die indessen in der Praxis nicht so viel Niederschlag gefunden hat wie in programmatisch-agitatorischen Aussagen, die zum Beispiel seitens der Freien Gewerkschaften ausdrücklich zur Abhebung von der Hirsch-Dunckerschen und Christlichen Konkurrenz dienten. Im Gegensatz zu den Christlichen Gewerkschaften betonten die Freien, der Kampf um Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung werde von den Gewerkschaften „in dem Bewußtsein geführt, daß ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht, daß aber der gewerkschaftliche Kampf die Arbeiterschaft widerstandsfähiger und damit geeigneter zur endgültigen Lösung der sozialen Frage macht“. Auch Carl Legien erwartete, die Christlichen Gewerkschaften würden durch die Praxis der Arbeitskämpfe — wie 1905 und 1910 bei Berg- und Bauarbeitern gezeigt — an die Seite der Freien Gewerkschaften gedrängt²¹.

Tabelle 9: Mitgliederentwicklung der Christlichen Gewerkschaften 1900—1919

	insgesamt	davon weiblich
1900	(76 744)	?
1901	84 497	?
1902	84 667	?
1903	91 440	5 465
1904	107 556	7 624
1905	188 106	11 991
1906	247 116	21 646
1907	284 649	24 122
1908	260 767	22 087
1909	280 061	20 182
1910	316 115	21 833
1911	350 574	27 152
1912	350 930	28 008
1913	341 735	27 623
1914	218 197	25 624
1915	162 425	24 242
1916	178 907	28 764
1917	293 187	44 416
1918	538 559	72 409
1919	1 000 770	160 024

²¹ C. Legien, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung (1900), 2. Aufl. Berlin 1911, S. 15 f.

Gerade vom ‚Kampfcharakter‘ der Freien Gewerkschaften setzten sich die Christlichen jedoch immer wieder ab. Sie bemängelten, die Freien Gewerkschaften führten ihre Mitglieder unvorbereitet in aussichtslose Auseinandersetzungen, sie seien leichtfertig und unverantwortlich; sie ergriffen nicht die Hand der Christlichen Gewerkschaften, wenn es darum gehe, in Verhandlungen durch vereintes Auftreten die Forderungen durchzusetzen. Schließlich hätten die oftmals mageren Ergebnisse, die durch Streiks erzielt worden seien, mit weniger Kosten auch auf friedlichem Wege erreicht werden können. Insgesamt beharrten die Christlichen Gewerkschaften in ihren Schriften darauf, sie allein hätten im Gegensatz zu den Freien Gewerkschaften wirklich den Streik immer als letztes Mittel der Konfliktaustragung betrachtet. Wird man auch angesichts der Überlagerung von konkurrenz- und organisationsbedingten, politischen und religiös-kirchlichen und schließlich weltanschaulichen Faktoren kaum von einem spezifisch christlichen Arbeitskampfverhalten sprechen können, so haben sich die Christlichen Gewerkschaften doch gerade in ihrem Streikverhalten als ein durchaus eigenständiger Zweig der Arbeiterbewegung erwiesen.